

schehen. Dies ist ein mühsames Geschäft, und man sollte dieses mühsame Geschäft gerade an den Universitäten nicht vorschnell abbrechen, weil es sonst allzu leicht zu Kurzschlüssen kommt, die immer dann entstehen, wenn Dinge nicht wohl durchdacht sind. Insofern ist die Selbstvergewisserung immer auch eine historische Aufarbeitung der Möglichkeiten, die das menschliche Denken überhaupt hat. Andererseits wäre eine solche Selbstvergewisserung, wenn sie nur im historischen Bereich verbliebe, ein Spiel nach Art des *l'art pour l'art*.

*HK:* Wenn wir das Thema Selbstvergewisserung noch etwas weiterfassen in dem Sinne, daß der Mensch selbst und damit das philosophische Denken nur im Rückgriff auf die Geschichte eigentlich zu sich selbst kommt und jeweils neu zu seiner Identität findet, rückt dann nicht von selbst das Verhältnis von Transzendentalität und Geschichtlichkeit in die Mitte der Überlegungen?

*Baumgartner:* Das ist richtig, soweit damit das Verhältnis von allgemeiner, durch Philosophie als grundlegend erkannter Vernunftstruktur zu ihrer eigenen Geschichte gemeint ist...

*HK:* Ich meinte, insofern Vernunftstrukturen geschichtlich vermittelt sind, aber die Geschichte transzendente Strukturen voraussetzt, um selbst verstehbar zu werden...

*Baumgartner:* Zweifellos erscheint das Verhältnis von Vernunft und Geschichte auf den ersten Blick als ein dialektisches. Hier muß man aber wiederum sehr genau unterscheiden. In einem allgemeinen Sinne ist das plausibel. Eine Vergewisserung der Vernunft über ihre eigene Struktur wird immer auch eine historische Selbstvergewisserung sein, aber sie vergewissert sich dabei eines Geltungszusammenhanges, der seinerseits nicht als historisch bedingt gedacht werden kann. Wenn man diese Unterscheidung einbringt, dann kann man sagen, die Philosophie hat je ihre historische Dimension, aber diese histori-

sche Dimension garantiert ihr nicht die Wahrheit der Vernunft, jener transzendentalen Bewußtseinsstruktur, mit deren Hilfe sie diese ihre Geschichte als Geschichte erkennt. Denn in einem gewissen Sinne ist die Vernunft immer auch ein absolutes Moment, das in seinem Geltungsanspruch nicht historisch und in seinem Geltungsanspruch nicht historisch bestimmbar ist.

*HK:* Muß, das wäre meine letzte Frage, das eben beschriebene Verhältnis von Transzendentalität und Geschichtlichkeit im Prozeß der Selbstvergewisserung des Menschen nicht auf die praktische Philosophie, auf Ethik vor allem, ebenso anzuwenden sein wie auf die theoretische, da das erkenntnisleitende Interesse der Philosophie, um einen Satz von Adorno zu zitieren, letztlich „die Begründung des richtigen Lebens“ ist?

*Baumgartner:* Was wir über das Verhältnis von Transzendentalität und Geschichtlichkeit gesagt haben, gilt selbstverständlich nicht nur für die theoretische, sondern auch für die praktische Vernunft. Dies bedeutet u. a., daß wir seit der Zeit, in der Philosophie aufgetreten ist, den Imperativ der Humanität als Grundprinzip immer auch historisch vermitteln können. Der Imperativ der Humanität begleitet die Geschichte der Philosophie als ein Prinzip, das sich in seinem Kern nicht verändert, aber in bezug auf seine Applikabilität, auf seine Anwendung auf die jeweilige Situation jeweils neue Bedingungen antrifft und daher jeweils neue Interpretationsmöglichkeiten besitzt. Sicher bedeutet Humanität bei Aristoteles, bei Kant und bei Hans Jonas oder Karl Otto Apel jeweils charakteristisch Anderes, Verschiedenes. Platzhalter der Idee der Wahrheit und der Vernunft – wir sagten vorhin: der Idee des Ganzen –, jedoch ist der identische Tatbestand, daß es in allen genannten Fällen immer und wesentlich darum geht, ein menschenwürdiges Leben zu begründen, die Idee eines menschenwürdigen Lebens im Spiel zu halten angesichts der Gefährdungen, die sich aus einem falschen Selbstverständnis des Menschen ergeben.

## Themen und Meinungen im Blickpunkt

# Ausländische Privatinvestitionen in Entwicklungsländern

## Eine Herausforderung – auch für die christlichen Kirchen

*Die Diskussion, inwieweit ausländische Privatinvestitionen in Ländern der Dritten Welt – entwicklungspolitisch gesehen – positive oder negative Auswirkungen haben, hat in den letzten Jahren an Schärfe zugenommen. An ihr sind auch Gruppen und Institutionen der christlichen Kirchen beteiligt: Im Januar 1979 wurde auf dem „Entwicklungspolitischen*

*Kongreß“ mit Priorität die Beurteilung der sozialökonomischen Auswirkungen ausländischer Privatinvestitionen auf Wirtschaft und Gesellschaft in Ländern der Dritten Welt erörtert.<sup>10</sup> In den GKKE-Memoranden zu den Welthandels- und -entwicklungskonferenzen der Vereinten Nationen (Nairobi 1976, Manila 1979) haben sie sich auch zu dieser*

*Frage geäußert. – Der Weltkirchenrat (Genf) hat ein eigenes Programm über „Multinationale Unternehmungen“ bereits seit Februar 1978 konzipiert und in Regionalkonferenzen auf den einzelnen Kontinenten durchgeführt. In der 2. Novemberhälfte d. J. soll in Bad Boll die abschließende Auswertung dieses Mehrjahresprogramms erfolgen. – Vor dem Hintergrunde dieses zunehmenden Interesses haben wir Prof. Theodor Dams, Universität Freiburg i. Br., gebeten, diese Problematik darzustellen.*

1. Ausländische direkte Privatinvestitionen (DPI) in Ländern der Dritten Welt werden nicht als finanzieller Beitrag zur Entwicklungshilfe angesehen; in die Betrachtung der globalen Kapitaltransfers (von westlichen Industrie- zu Entwicklungsländern) werden sie allerdings einbezogen. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß für die öffentliche Entwicklungshilfe das sog. 0,7%-Ziel formuliert wird; d. h., es soll – am Brutto-Sozialprodukt gemessen – dieser Prozentsatz in den öffentlichen Haushalten für Entwicklungshilfe vorgesehen werden. Daneben gibt es das 1,0%-Ziel; d. h., über die vorher genannte „Meßlatte“ hinweg soll ein privater Kapitalstrom zugunsten der Entwicklungsländer abfließen. Weiterhin gibt es finanzielle Leistungen der Nicht-Regierungsorganisationen für Partner in Entwicklungsländern, so etwa die Hilfswerke christlicher Kirchen. – In dieser dreigeteilten Vorgehensweise (öffentliche und private nichtkommerzielle Entwicklungshilfe sowie kommerzielle Finanztransfers) liegt keine entwicklungspolitische Diskriminierung der DPI. Es ist eine sachlogische Entscheidung; denn Privatinvestitionen folgen anderen Zielsetzungen, als sie bei der öffentlichen oder der nichtkommerziellen privaten Entwicklungshilfe vorliegen. Alle drei genannten Finanztransfers können entwicklungswichtige Beiträge leisten; sie werden – wegen der unterschiedlichen Zielsetzungen – bei den beiden zuerstgenannten Formen (staatliche und nichtkommerzielle private Entwicklungshilfe) fast als selbstverständlich angenommen; dieses ist nicht so ohne weiteres zulässig. Theoretisch ist es denkbar, daß DPI gleiche oder sogar höhere entwicklungswichtige Beiträge leisten – und selbst wenn sie es nur begrenzt tun, kann ihr Einsatz aus der Sicht des sog. Gastlandes und der dort lebenden Menschen erwünscht sein. Jedoch sind bei DPI – mehr als bei den anderen Formen – empirische Überprüfungen erforderlich, um zu ihrer entwicklungspolitischen Bewertung zu gelangen.

### Kritische Begleitung eines notwendigen Beitrags

2. Der „Katholische Arbeitskreis für Entwicklung und Frieden“ (KAEP), die „Gemeinsame Konferenz der Kirchen für Entwicklungsfragen“, das sog. „Dialog-Programm“ der christlichen Kirchen, die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Unternehmen (ACU) u. a. haben sich verschiedentlich zu DPI unter den verschiedensten Aspekten und aus unterschiedlichen Anlässen geäußert.

Solche Stellungnahmen scheinen nicht nur gerechtfertigt, sie sind sogar notwendig:

a) Ausländische Privatinvestitionen werden als wesentlicher Bestandteil unserer marktwirtschaftlichen Ordnung angesehen; ihre kritische Beurteilung ruft ordnungspolitische Gegenrede hervor („Ein ... negativer Faktor in vielen Entwicklungsländern ist die Feindschaft gegenüber dem privaten Unternehmer.“<sup>1)</sup> Die christlichen Kirchen haben sich – als Anwalt der Armen und der Menschen in den Entwicklungsländern – mit den herrschenden wirtschaftlichen Auffassungen in unserer pluralistischen Gesellschaft auseinanderzusetzen. Dazu gehört einerseits das Eingehen auf Argumente „kritischer Gruppen“, die u. a. ausländische Privatinvestitionen in Entwicklungsländern ablehnen<sup>2)</sup>; andererseits ist der Kontakt mit Institutionen der Unternehmer und der Arbeitnehmer herzustellen, um die bestehenden Konflikte auszuleuchten.

b) Einige kirchliche Gruppen in Ländern der Dritten Welt gehören zu den heftigsten Kritikern ausländischer Privatinvestitionen in Entwicklungsländern; insbesondere sind die sozialökonomischen Verhältnisse in den sog. Freien Produktionszonen („Free Processing Zones“) Anlaß zur teilweise scharfen Ablehnung der DPI. Sie erwarten von den christlichen Kirchen der westlichen Industrieländer, daß sie diese ihre Auffassung teilen; für sie ist der Unterschied zwischen „Kapitalismus“ und „Marktwirtschaft“ unter den dortigen Verhältnissen nicht einsichtig und nachvollziehbar.

Vor allem befürchten sie, daß Aktivitäten kirchlicher Institutionen dahingehend verstanden werden, daß Kirchen mit ihren sozialökonomischen Programmen zu „Reparaturwerkstätten der Schäden des Frühkapitalismus“ werden.

c) Trotz dieser Äußerungen (nach b) werden christliche Hilfswerke im Bereich der Entwicklungspolitik nicht umhinkönnen, sich in ihrer Projektkonzeption mit den möglicherweise nachteiligen Auswirkungen ausländischer Privatinvestitionen auseinanderzusetzen. DPI sind dabei allerdings Bestandteil des Prozesses der allgemeinen Industrialisierung (niedrige Löhne, lange Arbeitszeiten, unbefriedigende Wohnverhältnisse, nichtausgebildete Arbeitskräfte, nichtorganisierte Arbeitnehmer, kein arbeitsrechtlicher Schutz, ungenügende Sicherungen am Arbeitsplatz u. a. m.). Der Herausforderung, mit entsprechenden „integrierten“ Projekten sozialökonomischer, kultureller Entwicklung – in der Trägerstruktur von Nicht-Regierungsorganisationen – zu antworten, können sich auch christliche Hilfswerke nicht (mehr) entziehen. Der Sachverhalt, daß nur schwache oder sogar keine Trägerstrukturen in diesem Bereich vorhanden sind, erschwert solches Vorgehen. Dies kann jedoch nicht bedeuten, solche Projekttypen, die sich aus den nachteiligen Auswirkungen von Investitionen ausländischer Unternehmer ergeben, nicht zu berücksichtigen. Unbestritten bleiben DPI aus sozialökonomischer Sicht für kirchliche

Hilfswerke ein „Problem“; dieses ist von den Beteiligten zu diskutieren. Jedoch sind DPI auch ein „Datum“; ob DPI aus der eigenen Werthaltung her akzeptiert werden oder nicht, es muß den betroffenen Gruppen und Familien konstruktiv durch Projektarbeit geholfen werden.

Das Dilemma in dieser Frage sollte für Institutionen und Hilfswerke der Kirchen nicht verschwiegen werden. Eine zögerliche Haltung bringt jedoch nicht weiter. So hat die niederländische Kommission „Justitia et Pax“ im September 1981 einen Bericht zu Lomé II (Oktober 1979) vorgelegt, der sich kritisch mit ausländischen Privatinvestitionen in den AKP-Staaten befaßt. Hier heißt es, daß die Nicht-Regierungsorganisationen „eine besondere Aufgabe zu erfüllen haben, um die vorgesehene Förderung der DPI und das Tätigwerden der multinationalen Konzerne kritisch zu beobachten“<sup>3</sup>. Solche Ausführungen gehören jedoch in den Bereich der „moral suasion“ gegenüber Unternehmen und politischen Instanzen; konkrete Projektüberlegungen in eigener Verantwortung sowie unabhängig von privaten und staatlichen Entscheidungen werden demgegenüber in diesem Dokument nicht reflektiert.

### Das Ziel: Herstellung gleichberechtigter Partnerschaft

3. Dieses oben genannte Dilemma, das mit den Begriffen „Problem“ und „Datum“ umschrieben wurde, ist nicht unausweichlich; in jedem Fall kann es verringert werden; dazu ist erforderlich:

- a) Weiterer Ausbau einer begründeten Haltung der christlichen Kirchen, daß sie sich nicht für eine bestimmte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung entscheiden (GKKE-Memorandum 1976)<sup>4</sup>; für die Kirchen „ist die Herstellung gleichberechtigter Partnerschaft ein Erfordernis internationaler sozialer Gerechtigkeit“. Jedoch ist das politische Bekenntnis *unserer* und der westlichen Gesellschaft zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung Anlaß zu der Frage, inwieweit das Verhalten der Unternehmer unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Entwicklungsländern *diesen* Kriterien entspricht.
- b) Behandlung des *Gesamtproblems*, nicht etwa ausschließlich eine Diskussion *deutscher* ausländischer Privatinvestitionen in Entwicklungsländern; christliche Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland haben in dieser Frage eine *ungeteilte* Verantwortung. Sie tun gut daran, dazu den Dialog mit den Kirchen in anderen westlichen Industrieländern zu führen, um eine gemeinsame Haltung zu erarbeiten. Der Weg dazu ist ungleich schwieriger als etwa bei der Erörterung der Beseitigung des Hungers in der Welt! – Die Positionen der Vertreter der Kirchen in Entwicklungsländern sind ebenfalls nicht einheitlich; unterschiedliche Interessenlagen sind unübersehbar. Vor allem wird die Interdependenz von ökonomischer, gesellschaftlicher und

politischer Macht bei den DPI unterschiedlich beurteilt.

- c) Für ein solches Vorgehen könnte die Katholische Soziallehre fundierter Ausgangspunkt sein. Den großen Nachholbedarf in dieser Hinsicht hat Friedhelm Hengsbach erst jüngst herausgestellt<sup>5</sup>. „Die Optionen der Katholischen Soziallehre und die Kriterien der privaten Direktinvestitionen in Entwicklungsländern, die daraus abgeleitet wurden, erscheinen vom Horizont alltäglicher Entscheidungszwänge verantwortlicher Unternehmensleitungen weit entfernt.“ Die Kirchen werden sich – sofern sie Kritik an DPI üben – der Forderung gegenübergestellt sehen, diese „Entfernung“ abzubauen!
- d) Bei konkreten Maßnahmen und Projekten in Entwicklungsländern, die in diesem Zusammenhang von kirchlichen Hilfswerken finanziell und fachlich gefördert werden, liegt die Verantwortung in den Händen der *dortigen* nichtstaatlichen Organisationen. Jedoch sollte – im Interesse der Glaubwürdigkeit der Verfolgung sozialer Ziele – mit allem Nachdruck darauf abgehoben werden, daß die *verschiedenen* Entscheidungsstrukturen (privat-ökonomische Ebene der Unternehmen; staatliche Maßnahmen; Trägerstrukturen kirchlicher und privater Organisationen) *scharf* und *sichtbar* für alle getrennt sind. Empirische Untersuchungen zeigen, wie schwierig das ist (insbesondere in den Unternehmen und den zugehörigen Siedlungen). Kernpunkte solcher Projekte sollten die Förderung der Arbeitnehmerorganisationen und die Hebung der Organisierbarkeit der Arbeitnehmer sein; dazu gehören auch Angliederung ökonomischer, gesellschaftlicher und kultureller Aktivitäten.
- e) Für die Versachlichung der Diskussion um sozial verantwortliches unternehmerisches Verhalten bei DPI kann es hilfreich sein, aus der Projekterfahrung heraus die Verträglichkeit von sozialen *und* ökonomischen Zielen aufzuzeigen. Es wäre eine Aufgabe christlicher Hilfswerke – auf der Grundlage eigener Projekte mit der Zielsetzung der Produktionssteigerung –, nachvollziehbar darzustellen, daß eine *sozialökonomische* Entwicklung möglich ist und daß *soziale* Maßnahmen keinesfalls das *ökonomische* Ergebnis schmälern müssen, ja daß sogar das Gegenteil eintritt. Die allgemein übliche Formel „Kirchliche Entwicklungshilfe als Hilfe zur Sozialreform“<sup>6</sup> mag eine *notwendige* Aussage sein, als Orientierung für die Konzeption kirchlich finanzierter Projekte der Entwicklungshilfe ist sie *nicht ausreichend*. Wer die Entwicklungshilfe bzw. die Finanztransfers staatlicher bzw. privater kommerzieller Institutionen (DPI) kritisch durchleuchtet, sollte in eigener Sache „informationsfreudiger“ sein. Es liegt ein spürbarer Nachholbedarf vor, aus kirchlich finanzierten Entwicklungsprojekten „rechenhaftig“ zu belegen, daß „Wachstum“ und „Gerechtigkeit“ (Growth – Equity) sich nicht ausschließen.

Es sollte auch anerkannt werden, daß eine größere Verteilungsgerechtigkeit der Einkommen *ohne* Wirtschafts-

wachstum fast immer schwierig zu realisieren ist. DPI können dazu beitragen, wenn die entsprechenden Voraussetzungen bestehen; um diese Voraussetzungen geht es in der vorliegenden entwicklungspolitisch bedeutsamen Frage.

## Anfragen an unternehmerisches Verhalten

4. Für alle Gespräche sind – in dieser stark ideologisch bestimmten Frage der DPI – Sachlichkeit geboten und Sachinformation gefordert. Wir wissen einfach zu wenig über die Zusammenhänge kultureller, sozialer und ökonomischer Art, wie sie sich durch DPI ergeben. Wer empirische Untersuchungen in diesem Bereich durchführt, stellt fest, daß es sich um sehr komplexe Interdependenzen handelt; die Bandbreite der Erscheinungsformen ist sehr groß. Generalisierungen in den Aussagen sind kaum möglich; jedoch können Erkenntnisse aus solchen empirischen Untersuchungen gezogen werden, die als Instrumente der Entwicklungspolitik umgesetzt werden können<sup>7</sup>. – Nochmals: Mehr als in anderen Bereichen der Entwicklungspolitik sind für die Beurteilung der Wirkungen der ausländischen Direktinvestitionen empirische Belege erforderlich; Untersuchungen dieser Art sind zeit- und finanzaufwendig. Sie sind nur möglich, wenn Unternehmungen und Wirtschaftswissenschaften zusammenarbeiten. Der Anspruch auf repräsentative Ergebnisse wäre zu ambitiös; jedoch liefern auch intensive Betriebsmonographien, wenn sie in makro-ökonomische Daten eingeordnet werden, aussagefähige Ergebnisse, die in die entwicklungspolitische Praxis umgesetzt werden können. Für die Feldaufenthalte in ausgewählten Entwicklungsländern sind je Studie 1 – 1½ Jahre vorzusehen. Wir sollten uns – in der Bearbeitung einer so wichtigen entwicklungspolitischen Fragestellung – davor hüten, mit „Forschungs-Blitzbesuchen“ die für eine objektive Beurteilung erforderlichen Unterlagen „zu erfragen“!

5. Es ist besonders positiv zu vermerken, daß sich seit geraumer Zeit deutsche Unternehmer und ihre Institutionen an diesem Dialog über die Nützlichkeit von DPI in Entwicklungsländern beteiligen. Eine neue Gesprächsgrundlage ist damit vorhanden<sup>8</sup>; sie ist offen angelegt und wird durch Äußerungen einzelner Unternehmer mit entwicklungspolitischem Engagement wesentlich erweitert<sup>9</sup>. Nach einer „knallharten“ Feststellung, daß „Privatinvestitionen den Unternehmern (auch mittelständischen) und den Entwicklungsländern nutzen, bestehen die folgenden neun Seiten aus einer Fülle von „Fragen“ und „Anfragen“<sup>10</sup> an unternehmerisches Verhalten<sup>8</sup>. Das Positive an diesen „Überlegungen von Unternehmern“ ist darin zu sehen, daß alle „Fragen“ in „Kriterien“ umgemünzt werden könnten, die nun – in einen systematischen Zusammenhang gebracht – zur Evaluierung von ausländischen direkten Privatinvestitionen sowie für die Erarbeitung von erforderlichen Entscheidungen und Maßnahmen genutzt werden können. Es reicht im Jahre 1981 nicht aus, „intel-

ligente Fragen“ zu stellen, die zwar den Kern des Problems treffen, aber die konkreten Instrumente nicht beim Namen nennen; denn erst bei diesem Schritt treten die Kontroversen auf!

6. Bei der Aufstellung eines Katalogs, welche Kriterien für das unternehmerische Verhalten bei DPI beachtet werden sollten, besteht die Gefahr, daß zu ambitiös und perfektionistisch vorgegangen wird. Die Erfahrungen vergangener Jahre – auch bei dem Versuch der Verteilung des „Bensheimer Preises“ der „Kübel-Stiftung“ an eine „besonders wirksame deutsche Auslandsinvestition in der Dritten Welt“ im Sinne sozialökonomischer Entwicklungsbeiträge<sup>12</sup> – raten zur Vorsicht. – Erhard Eppler hatte als (progressiver) BMZ-Minister 1971 zu der Problematik der Direktinvestitionen geschrieben: „Nicht alles, was betriebswirtschaftlich rentabel ist, muß deshalb schon entwicklungspolitisch nützlich sein, aber keine Investition, die nicht auch volkswirtschaftlich rentabel ist, kann einem Entwicklungsland helfen.“<sup>13</sup> – Nach der (zeitlich späteren) Nicht-Verteilung des „Bensheimer Preises“ hat Eppler es sich dann nicht versagen können, darauf hinzuweisen, es müsse doch schon an der entwicklungspolitischen Problematik von ausländischen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern etwas dran sein, wenn selbst eine von einem Privatunternehmer geschaffene Stiftung keine auszeichnungswürdige deutsche Auslandsinvestition in der Dritten Welt gefunden habe. – Fazit: Kriterienkataloge sollten realistisch formuliert werden, und sie müssen sich auf die Möglichkeiten und Grenzen des sozial-verantwortlichen Handelns der Unternehmer beziehen. Die Rolle des Unternehmers (siehe: Eppler-Zitat) darf nicht in den sozialökonomischen Forderungen „überstrapaziert“ werden; wo seine Möglichkeiten begrenzt sind (Unternehmensgröße, Kostendruck u. a. m.), sind staatliche und nichtstaatliche Maßnahmen/Projekte komplementär (auch von kirchlichen Hilfswerken) gefragt. Um nicht mißverstanden zu werden: Es gibt bestimmte Forderungen an Unternehmer, die unverzichtbar erfüllt sein müssen: Akzeptierung der Gewerkschaften, Einhaltung von Mindestlöhnen und Arbeitszeiten, Sicherheit am Arbeitsplatz u. a. m. Jedoch haben Unternehmungen Gewinne zu machen; ansonsten leisten sie dem jeweiligen Land einen „entwicklungspolitischen Bären dienst“.

## Keine höchste Priorität: aber Chancen bedenken

7. Bei der Untersuchung politischer Voraussetzungen und sozialökonomischer Auswirkungen von ausländischen Direktinvestitionen sind drei Ebenen zu unterscheiden:

- Unternehmung: Privatwirtschaftliche Rentabilität
- Gesamtwirtschaft: Volkswirtschaftliche Rentabilität
- Gesellschaft: (Soziale) Kosten-Nutzen-Analyse (mit den Ansätzen, wie sie in der Wohlfahrtsökonomik entwickelt worden sind. Einbezug von nichtmarktmäßigen Größen, quantitativ und qualitativ).

Für a) und b) sind bereits Schemata entwickelt und teilweise getestet worden. Auch für das wünschenswerte Zusammenwirken von „Herkunftsland“ „Gastland“ und „Unternehmungen“ liegen Unterlagen vor. Noch im „Diskussionsprozeß“ ist ein Referenz-Rahmen nach c); die Kriterien des „Unternehmer-Papiers aus Anlaß des Dialog-Programms“<sup>8</sup>, die Erfahrungen kirchlicher Hilfswerke, die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen, jedoch auch die Überlegungen der christlichen Soziallehre sollten bei einem solchen Versuch „operationalisiert“ werden. Nach den vorliegenden Materialien scheinen sich die Vorstellungen der Unternehmer<sup>8,9,11</sup> und die Überlegungen der Katholischen Soziallehre<sup>5</sup> sowie die Ausführungen im „Dialog-Programm“ der Kirchen<sup>10</sup> durch eine Gemeinsamkeit auszuzeichnen: Sie bedürfen der Konkretisierung im Sinne von entwicklungspolitischen Handlungsanweisungen und Entscheidungen auf den bereits genannten Ebenen „Unternehmungen – Staat/Internationale Institutionen – Nichtstaatliche Organisationen“.

8. Für die Umsetzung wissenschaftlicher Ergebnisse in die entwicklungspolitische Praxis (auch christlicher Hilfswerke) erscheinen folgende Schritte erwägenswert:

- a) Anfertigung von wissenschaftlich-systematischen Analysen sozialökonomischer Auswirkungen ausländischer privater Direktinvestitionen, unter besonderer Berücksichtigung sog. „Freier Produktionszonen“ (Free Processing Zones).
- b) Kontaktaufnahme im Entwicklungsland (1) mit einem Institut angewandter sozialwissenschaftlicher Forschung, das Aktivitäten und Kooperationen mit Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) unterhält. (2) Analyse des Spielraums der NRO für komplementäre Aktivitäten im Hinblick auf staatliche und private Entscheidungen im Bereich der DPI im jeweiligen Land („Agency finding“ als Vorstufe zu „Project finding“). In dieser Phase sind Träger zu finden, die sich die o. g. Initiative zu eigen machen und sich mit diesen Zielen, der durch DPI betroffenen Bevölkerung zu helfen, identifizieren. Zu dieser 2. Stufe gehört auch die Einbeziehung der beruflichen Bildung durch betriebliche oder andere nicht-staatliche Träger oder auf überbetrieblicher Ebene.

Diese Stufe (2) ist wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der folgenden Etappe.

- c) Erarbeitung und Vorlage konkreter Projekte sozialökonomischer Entwicklung in den (vom Staat festgelegten) Zonen, evtl. unter Assistenz des Betreuungsinstituts im jeweiligen Land, unter Verantwortung des dortigen NRO-Trägers und bearbeitet im üblichen Antragsverfahren der Hilfswerke. Der Herausbildung eigenständiger Trägerstrukturen im Entwicklungsland ist dabei erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken (durch „Projekte“ zur „Bewegung“ und zur Verstärkung der Trägerstruktur; Einrichtung von Koordinationsmechanismen im NRO-Bereich u. a. m.).
- d) Durchführung der Projekte mit laufenden Erfolgs-

feststellungen, d. h. Entwicklung eines „Frühwarnsystems“, das bei der Komplexität dieser Vorhaben eine rechtzeitige Erfassung von Hindernissen der Entwicklung ermöglichen sollte.

- e) Die gemachten Projekterfahrungen sollten dann in eine allgemeingültige Strategie umgesetzt werden.

9. Christliche Hilfswerke haben im letzten Jahrzehnt große Beiträge zur Strategie einer integrierten *ländlichen* Entwicklung und zum Aufbau eigenständiger Trägerstrukturen im ländlichen Raum geleistet<sup>14</sup>. Bis zum Jahre 2000 wollen die Entwicklungsländer – als eine ihrer Forderungen einer Neuen Weltwirtschaftsordnung – rund ein Viertel der Weltindustrieproduktion stellen; heute sind es um 8 – 9%, Ausländische private Direktinvestitionen werden dabei u. U. eine treibende Kraft sein; eine größere Zahl von „Free Processing Zones“ werden so z. B. in der Dritten Welt in den nächsten Jahren eingerichtet werden<sup>7,17</sup>.

Für KAEF/GKKE, ACU, Dialog-Programm und für die christlichen Hilfswerke wird sich die Frage stellen, wie sie sich bei dieser Problematik

- aus der Sicht unserer eigenen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik verhalten (Ordnungspolitik)
- mit den NRO-Partnern in den Entwicklungsländern verständigen
- in der Orientierung ihrer Projekte und in der Erarbeitung entsprechender Konzepte verhalten.

Sicherlich wird der Frage der ausländischen privaten Direktinvestitionen keine *höchste* Priorität beigemessen werden; es wäre jedoch entwicklungspolitisch *bedenklich*, ihre möglichen negativen Auswirkungen und die Chancen ihrer positiven Beiträge nicht rechtzeitig in die Projektpolitik der Hilfswerke sowie in den Meinungs- und Willensbildungsprozeß der obengenannten Gremien einzubeziehen.

10. Es kann nicht nachhaltig genug davor gewarnt werden, diese *konkrete* ordnungs- und ablaufpolitische Diskussion von kirchlichen Institutionen nur mit *allgemeinen* Begründungen und Ansichten (oder mit Fragen) führen zu wollen. In der Vergangenheit hat es bereits Äußerungen seitens der Industrie gegeben, den Vertretern kirchlicher Institutionen fehle für Gespräche dieses Inhalts der Sachverstand und die Einsicht in die konkrete Wirtschaftswirklichkeit; vor dem Hintergrund solcher Feststellungen ist eine gründliche Auseinandersetzung mit der Problematik der DPI dringend geboten – und das auf der Grundlage von konkreten Beobachtungen und Aktionen. Vertreter der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sind weit davon entfernt, von sich aus zu behaupten, sie könnten aus dem bisher erhobenen Material eindeutige Aussagen ableiten; die empirischen Untersuchungen erlauben nur einige, jedoch wichtige Rückschlüsse: a) für die Diskussion mit den pluralistischen Gruppen in unserer eigenen Gesellschaft, einschließlich der „kritischen“ Gruppen; b) für konkrete Erörterungen mit Unternehmern und Gewerkschaften sowie Parteien und staatlichen Stellen; c) für das Gespräch mit „kritischen“ Gruppen in den

Entwicklungsländern; d) für die Konzeption von entsprechenden Projekten und Programmen der NRO in Entwicklungsländern und deren Unterstützung durch kirchliche Hilfswerke westlicher Industrieländer.

## Die „reine“ Marktwirtschaft kann kein Patentrezept sein

11. Eine einschränkende Bemerkung soll in Blick auf das bisher Gesagte noch gemacht werden: Das Erscheinungsbild der Voraussetzungen, Konsequenzen und Ergebnisse von DPI ist bereits sehr komplex und differenziert; es wird jedoch durch die Präsenz ökonomischer (und von dorthin abgeleiteter politischer und gesellschaftlicher) Macht von multinationalen Konzernen<sup>15</sup> überlagert. Gerade der Weltkirchenrat (WCC = World Council of Churches) hat sich bemüht, diese Sachverhalte aus der Sicht seiner Mitglieder aufzuzeigen<sup>16</sup>. Eine solche Betrachtung deckt jedoch erst *einen* Punkt des „entwicklungspolitischen Magischen Dreiecks“ der ausländischen Privatinvestitionen ab. Über die *beiden anderen* Punkte – die internationale Tätigkeit der TNB's (Transnational Banks) und derjenigen der ITC's (International Trading Companies) – wissen wir aus empirischen Untersuchungen so gut wie nichts. Schließlich sollte eines nicht übersehen werden: Die Stimmen mehrer sich – insbesondere durch die neue Zielrichtung der US-Wirtschaftspolitik („Reaganomics“) –, für die Grundlage der Entwicklungspolitik ein Patentrezept der Dritten Welt zu empfehlen: Freie Marktwirtschaft im Innern – freier Welthandel nach außen – Öffnung für ausländische private Direktinvestitionen! Schon allein *dieses* Konzept sollte die christlichen Kirchen veranlassen, seine Anwendungsmöglichkeiten unter den Verhältnissen der Dritten Welt kritisch zu reflektieren und auf der Grundlage eigener Erfahrungen zu überprüfen. Einem solchen Leitbild können jedoch nicht nur *allgemeingehaltene* Vorstellungen entgegengehalten werden; dazu gehört auch eine *konkrete Projektpolitik* systematischer Art, die bis heute zu fehlen scheint. So gesehen, sind ausländische Privatinvestitionen in Entwicklungsländern in der Tat eine Herausforderung auch für die christlichen Kirchen. Man ist versucht, in einer solchen Lage diese Herausforderung an Institutionen und Hilfswerke der christlichen Kirchen mit einem Slogan eines multinationalen Konzerns (TNC) in ihrer Dringlichkeit zu akzentuieren: „Packen wir es an!“ *Theodor Dams*

### Literaturhinweise:

<sup>1</sup> Wolfgang Frickhöffer, in: Schriftenreihe des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer in der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1. Hamburg 1978. S. 28.

<sup>2</sup> u. a. Arbeitsgemeinschaft Katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden (Hrsg.). Bonn 1980.

<sup>3</sup> Commissie Justitia et Pax/Netherland. Projet de Rapport sur la Convention de Lomé II. Reunion JTF. 14. 9. 1981. S. 17 und 18.

<sup>4</sup> H. Kunst u. H. Tenbumberg, Soziale Gerechtigkeit und internationale Wirtschaftsordnung. Mainz 1976. S. 9: „Es ist jedoch

nicht ihre Aufgabe (der Kirchen), für eine bestimmte Wirtschaftsordnung einzutreten; auch kann der christliche Glaube nicht für eine bestimmte Wirtschaftsordnung in Anspruch genommen werden.

<sup>5</sup> F. Hengsbach, Marktwirtschaft, Weltwirtschaft und die privaten Direktinvestitionen in Entwicklungsländern – Aspekte der Katholischen Soziallehre. In: *Th. Dams* (Hrsg.), Auswirkungen ausländischer Privatinvestitionen in Entwicklungsländern. KAEF Arbeitspapier/Dokumentation. Bonn 1980 (DOK-SE 9/80), S. 86.

<sup>6</sup> *Th. Hanf*, Die Kirche vor der sozialen Frage in der Dritten Welt. In: *Stimmen der Zeit*. München 1/1981, S. 38.

<sup>7</sup> Das Institut für Entwicklungspolitik der Universität Freiburg i. Br. hat seit einigen Jahren hier einen Schwerpunkt seiner Forschungen gelegt. Ausländische direkte Privatinvestitionen wurden in folgenden Ländern untersucht: Korea, Philippinen, Senegal, Ekuador und Nigeria. Siehe: *Suck Kyo Ahn*, Ausländische Privatinvestitionen in Südkorea. KAEF. Materialien Heft 12. Mainz-München 1980. – KAEF Dok.-SE 9/80. Auswirkungen ausländischer Privatinvestitionen in Entwicklungsländern. Bonn November 1980 (Mit Fallstudie für Korea und Philippinen). Weitere Publikationen folgen in Kürze. – Siehe auch: *Th. Dams*, Ausländische Privatinvestitionen in Entwicklungsländern – im Widerstreit der Meinungen. In: *Suck Kyo Ahn*, Ausländische Privatinvestitionen in Südkorea. Mainz 1978. S. I–XVIII.

<sup>8</sup> Eine wirtschaftliche Zukunftsaufgabe für kleine und große Unternehmen: Privatinvestitionen in Entwicklungsländern. Überlegungen von Unternehmern aus Anlaß des Dialogprogramms der Kirchen „Entwicklung als internationale soziale Frage“ Bonn 18. August 1980.

<sup>9</sup> Siehe auch: Gespräch mit *Elmar Pieroth*, Unternehmer der dritten Art. *Die Zeit*. Nr. 27. 27. 6. 1980. *Wirtschaft*. S. 19 – *E. Pieroth*, Auch andere zur Freiheit ermuntern. Ein Plädoyer für Neuansätze in der Entwicklungspolitik. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. 25. 7. 1981, S. 11. Siehe auch: *Arbeiten der UNIAPAC*. – *M. Drewes*. Der Überblick. Hamburg. September 1979. Aus der Sicht der Gewerkschaften, siehe: *Zones Franches d'Exploitation. Développement ou Exploitation*. CMT. Brüssel. Juni 1981.

<sup>10</sup> Dieses Verfahren, im Zusammenhang mit ausländischen Privatinvestitionen Fragen zu formulieren, wurde auch auf dem „Entwicklungspolitischen Kongreß“ Januar 1979 praktiziert. Siehe: *K. Osner*. In: *H. Maier u. K. v. Bismarck* (Hrsg.). *Entwicklung – Gerechtigkeit – Frieden*. München-Mainz 1979, S. 78.

<sup>11</sup> Arbeitskreis Christlicher Unternehmer, Empfehlung für unternehmerisches Verhalten bei ausländischen Privatinvestitionen in Entwicklungsländern. 1978. – Die geringe Aussagekraft vorliegender Veröffentlichungen zeigt u. a. „Materialien zur Diskussion. AEU. Karlsruhe 1976. S. 26.

<sup>12</sup> Siehe: Kriterien der Kübel-Stiftung für Investitionen in Entwicklungsländern. Bensheim o. J. o. V.

<sup>13</sup> *E. Eppler*, Keine Zeit für die Dritte Welt. Stuttgart 1971, S. 87.

<sup>14</sup> *Th. Dams* (Hrsg.), Integrierte ländliche Entwicklung. Theoretische Grundlagen und praktische Erfahrungen. Mainz 1980. – Siehe: Beiträge R. Goldstein (S. 237), H.-B. Knüvener (S. 251) und G. Krause (S. 268), die über Misereor-Projekte berichten.

<sup>15</sup> In der internationalen Diskussion TNC's = Transnational Corporations.

<sup>16</sup> Commission on the Churches' Participation in Development. WCC. Genf. Publikationen: *Struggling for the Sharing of Wealth and Power*. Bulletin 1–5.

<sup>17</sup> Freie Produktionszonen (Free Processing Zones) = geographisch abgegrenzte Gebiete, in denen Ansiedlung der Unternehmungen und ihre Erzeugung staatlich gefördert wird (zollfreie Ein- und Ausfuhr: Infrastruktur, Kredite u. a. m.).